

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0 0 5 0 / 2 0 2 3 / IV

Datum:
02.05.2023

Federführung:
Dezernat II, Stadtplanungsamt

Beteiligung:

Betreff:

Sachstandsbericht Weiterentwicklung rnv-Betriebshof

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 27. Juli 2023

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Bergheim	24.05.2023	Ö	() ja () nein () ohne	
Stadtentwicklungs- und Bauausschuss	04.07.2023	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	20.07.2023	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Bezirksbeirat Bergheim, der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und der Gemeinderat nehmen den aktuellen Sachstand und die weiteren Planungsschritte zur Weiterentwicklung des rnv-Betriebshof zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• keine	
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
Folgekosten:	
• keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Mit vorliegender Informationsvorlage sollen die Öffentlichkeit und die politischen Gremien über den aktuellen Stand zur Weiterentwicklung des rnv-Betriebshofs informiert werden. Ende 2023 soll eine Beschlussvorlage zur umfänglichen Beantwortung aller Prüfaufträge aus der Beschlussvorlage 0417/2020/BV und Konkretisierung der Planung folgen.

Sitzung des Bezirksbeirates Bergheim vom 24.05.2023

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 04.07.2023

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 04.07.2023

12.1 Sachstandsbericht Weiterentwicklung rnv-Betriebshof Informationsvorlage 0050/2023/IV

Eine Skizze zur weiterentwickelten Planung am Standort Bergheimer Straße hängt im Sitzungsraum aus.

Als Tischvorlagen werden die angekündigten Sachanträge der Fraktion Bündnis 90-Die Grünen vom 28.06.2023, der Fraktion Die Heidelberger vom 28.06.2023 sowie des Einzelstadtrates Dr. Weiler-Lorentz vom 04.07.2023 an die Gremienmitglieder verteilt.

Nach einer kurzen thematischen Einführung übergibt Erster Bürgermeister Odszuck Stadträtin Winter-Horn das Wort.

Stadträtin Winter-Horn verzichtet darauf, den angekündigten Antrag zu stellen (Anlage 03 zur Vorlage 0050/2023/IV). Sie bittet darum die Planunterlagen entsprechend zeitnah nachzureichen, dies wird von Ersten Bürgermeister Odszuck zugesagt.

Im Anschluss meldet sich Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz um seinen **Antrag** (Anlage 04 zur Vorlage 0050/2023/IV), der auch als Tischvorlage ausgeteilt worden ist, einzubringen:

Erstens: Die vorliegende Informationsvorlage ist um detaillierte Maßangaben anhand der Grund- und Aufrisse für das Erdgeschoss (Ebene 0) und das Obergeschoss (Ebene +1) zu ergänzen und der Flächenmehrbedarf aufgrund der neuen aktuellen Brandschutzvorschriften für die Abstellung von E-Bussen ist konkret darzustellen.

Zweitens: Zu dem vorliegenden Planungs-Konzept „Weiterentwicklung rnv-Betriebshof“ sind alternative Planungsvarianten in gleicher Planungstiefe zu erarbeiten und die Unterbringung aller Fahrzeuge (50 Bahnen und 30 Busse) sowie aller technischen und funktionalen Einrichtungen gemäß dem Mengengerüst von 2021 am Altstandort vorsehen a) unter Einbeziehung der gesamten verfügbaren Fläche der HSB gemäß der Planungsvariante von 2014 (Fläche zw. Karl-Metz-Straße und Emil-Maier-Straße) und b) unter Einbeziehung der gesamten Fläche zwischen der Karl-Metz-Straße und dem Czernyring gemäß dem Beschluss vom 17.10.2019.

Schließlich stellt Stadtrat Rothfuß folgenden **Antrag** (Anlage 02 zur Vorlage 0050/2023/IV), der auch als Tischvorlage ausgeteilt worden ist:

Die Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt folgende Punkte:

- Es soll geprüft werden, ob die beiden dezentralen Abstellanlagen, die für die Umbauphase ursprünglich als notwendig angesehen wurden, in ihrer bisherigen Planung überhaupt noch erforderlich sind und gegebenenfalls entfallen oder verkleinert werden können. Hierzu sind verschiedene Varianten denkbar (siehe Begründung).
- Die Stadtverwaltung und rnv sollen bis zur Gemeinderatssitzung am 20. Juli 2023 einen entsprechenden Vorschlag erstellen.

In der folgenden Diskussion melden sich zu Wort:

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Winter-Horn, Stadtrat Steinbrenner, Stadtrat Rothfuß, Stadtrat Michelsburg.

Die Diskussion hat folgenden Inhalt:

- Die Umplanung des oberen Stockwerkes hätte vorab kommuniziert und zur Diskussion freigegeben werden müssen.
- Warum habe man nicht eine Busabstellanlage in Betracht gezogen? Man wünsche hier eine umfassende Neuüberprüfung eines Betriebshofbaus am Standort Bergheim, der alle Fahrzeuge fasse.
- Der Prozess sei holprig verlaufen. Der vorgelegte Entwurf könne dennoch als positiv bezeichnet werden.
- Man wünsche sich für die Gremienmitglieder nähere Informationen über den Planungsstand, bestenfalls vor der geplanten öffentlichen Veranstaltung.
- Könne auf eine dezentrale Abstellanlage verzichtet werden?
- Die geplante Abstellanlage der Haltestelle Berufsschule betreffe ökologisch wertvollere Fläche als in Rohrbach Süd, auf die Abstellanlage an der Haltestelle Berufsschule solle deshalb eher verzichtet werden.

Herr Dommasch, Leiter des Bereichs Infrastruktur der rnv und Erster Bürgermeister Odszuck antworten wie folgt:

- Mit dem Gemeinderatsbeschluss im Jahre 2021 sei ein umfangreicher Maßnahmenfestlegungskatalog an die rnv beschlossen worden, den die rnv abgearbeitet habe. Der Ausschuss sei im Arbeitsüberblick der Sitzung am 28.03.2023 mit Skizzen über die aktuellen Überlegungen informiert worden.

- Da die neuen Brandschutzverordnungen die Segmentierung der Busse untereinander festlegten und auch mehr Platz als zuvor festschrieben, sei die Unterbringung der Busse auf dem Dach die einzig schlüssige Lösung, unter Berücksichtigung aller anderen Festlegungen.
- Die Prüfung zur Notwendigkeit der externen Abstellanlage in Rohrbach-Süd laufe. Die Abstellanlage in Wieblingen an der Berufsschule sei jedoch auch perspektivisch unverzichtbar, da man auch Sozialräume und Parkplätze für die Fahrzeugführenden sowie Platz für Reinigung und Kleinstreparaturen benötige.
- Man befinde sich derzeit in der Vorentwurfsplanung. Weitere Pläne befänden sich in interner Abstimmung und könnten zur geplanten öffentlichen Veranstaltung am 18.07.2023 ab 17:00 Uhr in der Kantine der Stadtwerke Heidelberg vorgestellt werden.

Erster Bürgermeister Odszuck stellt daraufhin zunächst den **Antrag** von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz zur Abstimmung, mit dem Hinweis, dass eine Annahme des Antrags den bestehenden Grundsatzbeschluss aufhebe:

Erstens: Die vorliegende Informationsvorlage ist um detaillierte Maßangaben anhand der Grund- und Aufrisse für das Erdgeschoss (Ebene 0) und das Obergeschoss (Ebene +1) zu ergänzen und der Flächenmehrbedarf aufgrund der neuen aktuellen Brandschutzvorschriften für die Abstellung von E-Bussen ist konkret darzustellen.

Zweitens: Zu dem vorliegenden Planungs-Konzept „Weiterentwicklung rnv-Betriebshof“ sind alternative Planungsvarianten in gleicher Planungstiefe zu erarbeiten und die Unterbringung aller Fahrzeuge (50 Bahnen und 30 Busse) sowie aller technischen und funktionalen Einrichtungen gemäß dem Mengengerüst von 2021 am Altstandort vorsehen a) unter Einbeziehung der gesamten verfügbaren Fläche der HSB gemäß der Planungsvariante von 2014 (Fläche zw. Karl-Metz-Straße und Emil-Maier-Straße) und b) unter Einbeziehung der gesamten Fläche zwischen der Karl-Metz-Straße und dem Czernyring gemäß dem Beschluss vom 17.10.2019.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 02:08:01 Stimmen

Erster Bürgermeister Odszuck stellt daraufhin den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90–Die Grünen zur Abstimmung:

Die Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt folgende Punkte:

- Es soll geprüft werden, ob die beiden dezentralen Abstellanlagen, die für die Umbauphase ursprünglich als notwendig angesehen wurden, in ihrer bisherigen Planung überhaupt noch erforderlich sind und gegebenenfalls entfallen oder verkleinert werden können. Hierzu sind verschiedene Varianten denkbar (siehe Begründung).
- Die Stadtverwaltung und rnv sollen bis zur Gemeinderatssitzung am 20. Juli 2023 einen entsprechenden Vorschlag erstellen.

Abstimmungsergebnis: angenommen mit 10:00:01 Stimmen

Zusammenfassung der Information:

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss nimmt den aktuellen Sachstand und die weiteren Planungsschritte zur Weiterentwicklung des rnv-Betriebshof zur Kenntnis.

Es ergehen folgende Arbeitsaufträge:

- ***Planunterlagen sollen zeitnah nachgereicht werden.***
- ***Es soll geprüft werden, ob die beiden dezentralen Abstellanlagen, die für die Umbauphase ursprünglich als notwendig angesehen wurden, in ihrer bisherigen Planung überhaupt noch erforderlich sind und gegebenenfalls entfallen oder verkleinert werden können. Hierzu sind verschiedene Varianten denkbar. Die Stadtverwaltung und die rnv sollen bis zur Gemeinderatssitzung am 20. Juli 2023 einen entsprechenden Vorschlag erstellen.***

gezeichnet
Jürgen Odszuck
Erster Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2023

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2023

58.1 Sachstandsbericht Weiterentwicklung rnv-Betriebshof Informationsvorlage 0050/2023/IV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner weist auf den als Tischvorlage ausgeteilten **Sachantrag** von Bündnis 90 / Die Grünen (siehe Anlage 06 zur Drucksache 0050/2023/IV) und den Tagesordnungspunkt-Antrag der Bunte Linke (siehe Drucksache 0042/2023/AN / Tagesordnungspunkt 58.2) hin.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz weist auf seinen in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 04.07.2023 gestellten, jedoch abgelehnten **Antrag** (Anlage 04 zur Drucksache 0050/2023/IV) hin und bringt diesen heute erneut ein:

Erstens: Die vorliegende Informationsvorlage ist um detaillierte Maßangaben anhand der Grund- und Aufrisse für das Erdgeschoss (Ebene 0) und das Obergeschoss (Ebene +1) zu ergänzen und der Flächenmehrbedarf aufgrund der neuen aktuellen Brandschutzvorschriften für die Abstellung von E-Bussen ist konkret darzustellen.

Zweitens: Zu dem vorliegenden Planungs-Konzept „Weiterentwicklung rnv-Betriebshof“ sind alternative Planungsvarianten in gleicher Planungstiefe zu erarbeiten und die Unterbringung aller Fahrzeuge (50 Bahnen und 30 Busse) sowie aller technischen und funktionalen Einrichtungen gemäß dem Mengengerüst von 2021 am Altstandort vorsehen a) unter Einbeziehung der gesamten verfügbaren Fläche der HSB gemäß der Planungsvariante von 2014 (Fläche zwischen Karl-Metz-Straße und Emil-Maier-Straße) und b) unter Einbeziehung der gesamten Fläche zwischen der Karl-Metz-Straße und dem Czernyring gemäß dem Beschluss vom 17.10.2019.

Er bittet um Unterstützung des Antrages. Hilfsweise solle aus seiner Sicht dem Antrag der Grünen-Fraktion (siehe Anlage 06 zur Drucksache 0050/2023/IV) zugestimmt werden:

1. Die dezentrale Abstellanlage in Rohrbach wird nicht weiterverfolgt und nicht gebaut.
2. Wenn die dezentrale Abstellanlage in Rohrbach nicht kommt, könnten das Auswirkungen auf die Planungen und das laufende Planfeststellungsverfahren der Süddeutschen Erdgasleitung (SEL) haben. Unter diesen neuen Voraussetzungen soll die Stadt Heidelberg als Trägerin öffentlicher Belange Einwendungen erheben, um die geplante Trasse der SEL an den neuen Sachverhalt anzupassen, damit in diesem Bereich weniger Flurstücke durchschnitten und weniger landwirtschaftliche Fläche beeinträchtigt wird.

Stadtrat Rothfuß weist anschließend auf die im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss zugesagten Arbeitsaufträge hin. Die Stadtverwaltung und Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) hätten bis zur heutigen Sitzung einen entsprechenden Vorschlag erstellen sollen, was jedoch nicht geschehen sei. Zu diesem Thema bestehe noch Beratungsbedarf. Er stellt daher den **Geschäftsordnungsantrag**

die Vorlage zurückzuverweisen.

Erster Bürgermeister Odszuck stellt in Frage, ob eine Rückverweisung wirklich erforderlich sei. Er habe den Antrag der Grünen-Fraktion (siehe Anlage 06 zur Drucksache 0050/2023/IV) so verstanden, dass die dezentrale Abstellanlage in Rohrbach nicht weiterverfolgt beziehungsweise beplant werden solle. Eine endgültige Entscheidung könne man zurzeit noch nicht treffen, da für die anderen Flächen noch kein Baurecht bestehe. Er könne momentan zwar nicht schriftlich, aber mündlich zusichern, dass derzeit keine weitere Planung auf dem Areal vorgesehen sei. Die Fläche müsse jedoch vorerst reserviert bleiben. Daher habe der momentane Sachstand auch keinen Einfluss auf die Trassenführung der Süddeutschen Erdgasleitung. Bis zur endgültigen Entscheidung, ob man die Fläche benötige oder nicht, sei die Einspruchsfrist beim Planfeststellungsverfahren abgelaufen.

Stadträtin Dr. Röper teilt mit, die Aussage von Erstem Bürgermeister Odszuck sei sehr hilfreich. Den Antrag (Anlage 06 zur Drucksache 0050/2023/IV) werde man nicht mehr aufrechterhalten.

Stadtrat Pfeiffer und Stadtrat Kutsch sind der Auffassung, dass man dieses Thema heute nicht mehr diskutieren, sondern die Informationsvorlage zur Kenntnis nehmen und die weiteren Planungen abwarten sollte.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner rät ausdrücklich davon ab, Beschlüsse zu fassen, ohne die Prüfungsergebnisse der rnv zu kennen. Im Herbst werde die rnv hierzu konkretere Aussagen machen. Danach könne man immer noch weitere Entscheidungen treffen.

Nach Abschluss der Diskussionsrunde lässt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner über den **Antrag** von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz (siehe Anlage 04 zur Drucksache 0050/2023/IV) abstimmen:

Erstens: Die vorliegende Informationsvorlage ist um detaillierte Maßangaben anhand der Grund- und Aufrisse für das Erdgeschoss (Ebene 0) und das Obergeschoss (Ebene +1) zu ergänzen und der Flächenmehrbedarf aufgrund der neuen aktuellen Brandschutzvorschriften für die Abstellung von E-Bussen ist konkret darzustellen.

Zweitens: Zu dem vorliegenden Planungs-Konzept „Weiterentwicklung rnv-Betriebshof“ sind alternative Planungsvarianten in gleicher Planungstiefe zu erarbeiten und die Unterbringung aller Fahrzeuge (50 Bahnen und 30 Busse) sowie aller technischen und funktionalen Einrichtungen gemäß dem Mengengerüst von 2021 am Altstandort vorsehen a) unter Einbeziehung der gesamten verfügbaren Fläche der HSB gemäß der Planungsvariante von 2014 (Fläche zw. Karl-Metz-Straße und Emil-Maier-Straße) und b) unter Einbeziehung der gesamten Fläche zwischen der Karl-Metz-Straße und dem Czernyring gemäß dem Beschluss vom 17.10.2019.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt bei 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

Danach nehmen die Mitglieder des Gemeinderates die Informationsvorlage **mit folgenden Zusagen** von Erster Bürgermeister Odszuck und Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner zur Kenntnis:

- 1. Für die dezentrale Abstellanlage in Rohrbach sind derzeit keine weiteren Planungen vorgesehen, auch wenn die Fläche noch reserviert ist.*
- 2. Im Herbst wird von Seiten der rnv dem Gemeinderat eine Konkretisierung vorgelegt.*

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Zusage

Begründung:

1. Weiterentwicklung rnv-Betriebshof Bergheimer Straße

Aktuell befindet sich die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv), gemäß Beschluss zur Drucksache 0417/2020/BV, in der Vorplanung für die Weiterentwicklung des rnv-Betriebshofs am Standort Bergheimer Straße. Aufgrund neuer Erkenntnisse und Forderungen von Verbänden (VDV) und Institutionen (VDS) zum Thema Brandschutz hat sich ein höherer Flächenbedarf für die Abstellung der batterieelektrischen Busse und Dienstfahrzeuge ergeben. Als Reaktion auf die Flächenansprüche ist in der weiterentwickelten Planung vorgesehen den kompletten gummibereiteten Verkehr auf der Dachfläche des Betriebsgebäudes abzustellen (vergleiche Anlage 01). Dadurch steht ausreichend Fläche zur Verfügung, um die neuen Brandschutzanforderungen umzusetzen. Zudem ist dadurch die Möglichkeit einer anfahrbaren zweiten Werkstattebene auf Hallendachniveau gegeben, wodurch die Flächenanforderungen an die Erdgeschossnutzung entzerrt werden können. Dies hat zur Folge, dass im Erdgeschoss entlang der Karl-Metz-Straße Einblicke in den Werkstattbetrieb und publikumswirksame Nutzungen integriert werden können. Um die Einsehbarkeit auf die Dachfläche zu mindern und die ökologische Vielfalt zu fördern, ist geplant, den Randbereich der Dachfläche intensiv zu begrünen. Darüber hinaus sollen die Verkehrsflächen als Retentionsdach ausgeführt und die teilweise überdachten Verkehrsflächen und der Gebäuderiegel entlang der Karl-Metz-Straße extensiv begrünt und mit Photovoltaikanlage versehen werden. Ebenso ist eine Fassadenbegrünung in Teilbereichen möglich. Das Rampenbauwerk zur Erschließung der Dachebene ist im Gebäudeinneren geplant. Die Ein- und Ausfahrt der Bahnen soll nach wie vor über die Karl-Metz-Straße erfolgen.

2. Abstellkonzept während der Bauabwicklung

Die Bauabwicklung muss in mehreren Phasen ausgeführt werden. In der ersten Phase soll der Gebäuderiegel entlang der Karl-Metz-Straße mit der angrenzenden Betriebswerkstatt errichtet werden (vergleiche 0417/2020/BV, Anlage 11, Folie 15ff). Hierzu müssen alle Busse ausgelagert werden, wobei davon bereits dauerhaft insgesamt 27 Busse am Wieblinger Weg abgestellt werden können (maximal möglich). Weitere 30 Busse (vergleiche Drucksache 0417/2020/BV, Anlage 11, Folie 14) müssen während der kompletten Bauzeit auf einer Interimsfläche unterbracht werden. Die Straßenbahnen können in der ersten Phase noch am Altstandort verbleiben. In der zweiten Phase müssen die Bahnen, mit Ausnahme von vier Bahnen, die werkstattseitig aufgenommen werden können, komplett ausgelagert werden. Als mögliche Ausweichstandorte im Netz hat die rnv Handschuhsheim (4 Bahnen), Kirchheim Friedhof (3 Bahnen), Leimen Friedhof (2 Bahnen) und Edingen (7 Bahnen) identifiziert. Hieraus ergibt sich ein Defizit von circa 18 Bahnen, welche auf die beiden in der oben genannten Drucksache beschlossenen dezentralen (nicht überdachten) Abstellanlagen „Berufsschule“ in Wieblingen (18 Bahnen) und „Rohrbach Süd“ (8 Bahnen) verteilt werden.

3. Prüfaufträge Drucksache 0417/2020/BV

Im Rahmen der oben genannten Drucksache gingen Prüfaufträge an die Verwaltung. Da die unter Punkt 1 genannten neuen brandschutztechnischen und energetischen Anforderungen eine Umplanung erforderlich machten, befindet sich die rnv noch in der Vorplanung (Leistungsphase 2). Die umfängliche Beantwortung aller Prüfaufträge ist erst im Zuge der Entwurfsplanung (Leistungsphase 3) möglich. Zum jetzigen Zeitpunkt kann lediglich zu folgenden Prüfaufträgen eine Rückmeldung gegeben werden.

3.1. Standort Eternit

Die Nutzung des Geländes des Eternit-Werkes als Abstellanlage führt wegen Leerkilometern und der fehlenden Anbindung an das bestehende Gleisstreckennetz sowie eine notwendige Querung der Karlsruher Straße zu erhöhten Kosten. Auch ist davon auszugehen, dass der Standort durch erhebliche Altlasten belastet ist. Da nur eine Zulaufstrecke in Richtung Innenstadt zur Verfügung steht, besteht zudem aus betrieblicher Sicht ein höheres Störfallrisiko beim Ausrücken der Bahnen. Zudem stehen die Hallen und teilweise die Gebäude unter Denkmalschutz. Für den Standort wäre eine neue Planung inklusive Gutachten notwendig, was einen enormen Zeitverlust bedeuten würde. Zusammenfassend eignet sich der Standort nicht als Abstellanlage.

3.2. Integration von Wohnungsbau

Die Überbauung des Werkstattbereichs entlang der Karl-Metz-Straße durch eine Wohnnutzung wird gemäß Erschütterungs- und Sekundärlärmprognose nicht empfohlen, da die Vorgaben an die Erschütterungen sowie die Empfehlungen für die Richtwerte des Sekundärluftschalls in Anlehnung an die TA Lärm nicht eingehalten werden können. Es wäre zwingend eine schwingungstechnische Entkopplung durch eine elastische Gebäudelagerung erforderlich. Es wird weiterhin die Entwicklung eines Kreativquartiers mit Gewerbeflächen und Wohnungsbau auf dem Areal des Dezernat 16 verfolgt.

4. Kosten

In der oben genannten Drucksache wurde für das Bauvorhaben von einer Investition von circa 65,3 Mio. Euro (netto) Baukosten inklusive Baunebenkosten ausgegangen. Aufgrund der Weiterentwicklung und den damit verbundenen erhöhten Anforderungen werden sich die Kosten nach aktuellem Stand um mindestens 30 % erhöhen.

5. Weiteres Vorgehen

Aktuell bearbeitet die rnv die der Entwurfsplanung vorgelagerte Vorplanung. Ende 2023 soll im Zuge der Entwurfsplanung eine Beschlussvorlage zur umfänglichen Beantwortung aller Prüfaufträge und Konkretisierung der Planung folgen.

Sowohl für den Standort in Bergheim als auch für die beiden dezentralen Standorte werden Planfeststellungsverfahren durchgeführt. Bevor mit dem Umbau am Altstandort begonnen werden kann, müssen die beiden dezentralen Standorte realisiert und fertiggestellt werden. Die Planfeststellungsverfahren für die beiden dezentralen Standorte sollen Ende 2023, das für den Standort in Bergheim im Jahr 2024 eingeleitet werden.

Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen

Der Beirat von Menschen mit Behinderungen wird im weiteren Prozess beteiligt.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes /der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt	Ziel/e:
--------------------------	------------------	---------

Drucksache:

0050/2023/IV

00351944.docx

...

M01	Umwelt-, Stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern
M02	Minderung der Belastung durch motorisierten Verkehr
M04	Ausbau und Verbesserung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur
M06	Mehr Mobilität ohne mehr motorisierten Verkehr
	Begründung:
	Sicherung und Ausbau des ÖPNV zur effizienteren und zukunftsorientierten Abwicklung

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet
Jürgen Odszuck

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Skizze weiterentwickelte Planung Standort Bergheimer Straße
02	Sachantrag der Fraktion B90-Die Grünen vom 28.06.2023 (Tischvorlage in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 04.07.2023)
03	Sachantrag der Fraktion Die Heidelberger vom 28.06.2023 (Tischvorlage in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 04.07.2023)
04	Sachantrag von Einzelstadtrat Weiler-Lorentz vom 04.07.2023 (Tischvorlage in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 04.07.2023)
05	Präsentation Betriebshof
06	Sachantrag der Grüne-Fraktion vom 19.07.2023 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2023)